
3923/J XXVI. GP

Eingelangt am 16.07.2019

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Bösch
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres sowie Bundesminister im Bundeskanzleramt betraut mit der Leitung der zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörenden Angelegenheiten für EU, Kunst, Kultur und Medien
betreffend **Abdullah Zentrum (KAICIID)**

Am 12.6.2019 wurde die EntschlieÙung des Nationalrates betreffend die Freilassung Murtaja Qureiris und die Schließung des Abdullah-Zentrums (77/E XXVI. GP) mit dem Inhalt:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht,

1. alle ihr politisch und diplomatisch zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Hinrichtung des Jugendlichen Murtaja Qureiris zu verhindern und seine Freilassung zu erwirken,

2. vom Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Errichtungsübereinkommen“) zurückzutreten (Art XVIII Errichtungsübereinkommen), sowie

3. das entsprechende Abkommen über den Sitz des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Amtssitzabkommen“) zu kündigen (Art 23 Amtssitzabkommen).“ angenommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres sowie Bundesminister im Bundeskanzleramt betraut mit der Leitung der zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörenden Angelegenheiten für EU, Kunst, Kultur und Medien folgende

Anfrage

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden bereits auf Grundlage der o.g. EntschlieÙung gesetzt?
2. Wurde ein Vortrag an den Ministerrat vorbereitet?
3. Wenn nein, wann ist mit einem Vortrag an den Ministerrat zu rechnen und wie wird dieser aussehen?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

4. Wann werden welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der o.g. EntschlieÙung gesetzt werden?
5. Wie ist der weitere – insbesondere parlamentarische – Zeitplan zur Umsetzung der o.g. EntschlieÙung?
6. Aus welchen Gründen ist man in der Umsetzung der o.g. EntschlieÙung bisher nicht tätig geworden und somit säumig?